



Gottfried-Könzgen-Archiv

zur Geschichte der Duisburger Demokratie

Überlegungen zur Anschubfinanzierung auf Basis von Arbeitsmarktförderungsmitteln

Vorbemerkung zum Verständnis

Im Anschluß werden wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung zwei aufeinander aufbauende Gesprächsunterlagen bzw. Projektskizzen,

- eine aus dem Jahr 2007: **GWA-Komplex Dietrich-Bonhoeffer-Haus** (S. 3 – 5) und
- eine aus dem Jahr 2008: **GWA-Projekt Dietrich-Bonhoeffer-Haus** (S. 6 – 7)

die die damaligen und eigentlich immer noch aktuellen Überlegungen zum Aufbau einer Anschubfinanzierung für das geplante Gottfried-Könzgen-Archiv zusammenfassen, erstmals öffentlich zugänglich gemacht.

Die Konzeption wird viele Fachleute und Beschäftigte in der politischen Bildung verblüffen: Es war und wird daran gedacht, Mittel der Arbeitsmarktförderung, insbesondere zur Förderung von Langzeitarbeitslosen (sogenannte Gemeinwohlarbeit / GWA-Stellen) oder vergleichbare Angebote in diesem Sektor zu nutzen. Unstrittig können mit diesen Instrumenten und den so rekrutierten Mitarbeitern bestimmte Aufgabenfelder nicht angegangen werden. Komplexe Forschungsvorhaben oder diffizile Organisationsanstrengungen dürften auf dieser Basis kaum zu bewältigen sein. Trotzdem lassen sich auf dem Hintergrund einer vernünftigen Arbeitsvorbereitung – die Arbeitsanalyse hat bei Weitem nicht nur schlechte Seiten – vernünftige Aufgabenblöcke festlegen und auch an nicht eingearbeitetes Personal delegieren. Für die Mitarbeiterebene in solchen Projekten werden nicht zwingend studierte Politologen, Soziologen oder Pädagogen benötigt, mehr noch, es kann den Projekten sogar zu Gute kommen, wenn die Fragen normaler Bürger in ihren Worten beantwortet werden, in ihren Worten die Gegenrede erfolgt, dann, wenn ein politischer Dissens vorliegt.

Die Bedeutung der Überlegungen liegt auf der Hand: In regelmäßigen Abständen werden lautstark Klagen vorgetragen, es würden die Finanzmittel für eine politische Bildungsarbeit fehlen, insbesondere in den Kommunen Ostdeutschlands. Die in den beiden Papieren faktisch vertretene Gegenthese lautet: Die Gelder

liegen doch auf der Straße, man muß sie nur einsetzen wollen. Und man muß die zu bewältigenden Aufgaben so auswählen und aufbereiten, daß sie mit diesen Mitteln angegangen werden können.

Letztlich muß man sich nur von dem demokratiefeindlichen Vorurteil emanzipieren, politisches Beurteilungsvermögen stehe in einem zwingenden Zusammenhang mit den Schul- oder Berufsabschlüssen der jeweiligen Personen. Gerade die deutsche Geschichte zeigt das Gegenteil. Es geht aber auch nicht um einen neuen „Proletkult“, diesmal im Namen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Selbstverständlich sollen weiterhin Akademiker eingesetzt werden, nur sollten sie in den Bereichen tätig werden, in denen ihre Kenntnisvorsprünge auch von Bedeutung sind. Bei der Ausarbeitung und Gestaltung von Unterlagen, in der Fortbildung usf. Nicht indem die simple Staatsbürgerqualifikation, sich für die eigene Republik nach bestem Wissen und Gewissen einzusetzen, im Anschluß an Platon, zum Privileg einer Kaste gemacht wird.

Die Bedeutung des Einsatzes von „normalen“ Facharbeitern und Angestellten in einem solchen Sektor kann sich jeder vor Augen führen: Wenn, gerade auf dem Gebiet der alten DDR mit dem zum Teil über 20 Jahre gepflegten Unmut, Dauerarbeitslose *freiwillig* die Aufgabe übernehmen, für diesen Staat – und zwar bei all seinen Schwächen – eine Sympathiewerbung zu organisieren und zudem aus der Gemeinschaft kommen, in der sie tätig sind, dann ist dies mit Sicherheit wirksamer, als der heute übliche Einsatz politischer „Söldner“ mit Hochschulabschluß. Mit einem bißchen Mut und einem ordentlichen Schuß Fantasie ließe sich in der gesamten Bundesrepublik ein entsprechendes Netz von Projekten – und zwar bis hinunter in die Kleinstädte und größeren Gemeinden – schaffen. Sofern zuvor multiplizierbare Organisationsformen und delegierende Aufgabenblöcke entwickelt wurden, die dann ohne großen Aufwand an die örtlichen Gegebenheiten angepasst werden können. Beides ist exemplarisch geleistet und wird auf dieser Website dokumentiert.

Zum konkreten Vorhaben selbst nur wenige Ergänzungen. Das Kalkül der RAG war zweistufig gehalten: Im ersten Schritt sollten AFG-Mittel für die im Anschluß dokumentierten Vorhaben eingesetzt werden, um in einem sich anschließenden Schritt Fördermittel für das eigentliche Anliegen, das Gottfried-Könzgen-Archiv zur Duisburger Demokratie einzuwerben. Daher: Anschubfinanzierung.

Im ersten Anlauf sind wir mit unserem örtlichen Versuch nicht erfolgreich gewesen; weil die erste Stufe nicht gezündet wurde, fiel auch die Zündung der zweiten aus. Dieser Rückschlag ist auf eine Reihe von Gründen zurückzuführen, teils auf die relativ komplizierten Rahmenbedingungen, teils auf die Unwägbarkeiten der ehrenamtlichen Arbeit, teils ... Ausdrücklich sei hinzugefügt: Die Mitarbeiter der ARGE Duisburg können hierfür nicht in Verantwortung genommen werden; sofern sie mit dem Vorgang konfrontiert waren, unterstützten sie dieses Projekt.

Doch auch bei solchen Angelegenheiten gilt die Weisheit von Michail Gorbatschow: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Die Räume im Dietrich-Bonhoeffer-Haus sind inzwischen anderweitig vergeben und wenn ein zweiter Versuch erfolgreich wäre, müßte das Projekt wahrscheinlich an einem anderen Ort angesiedelt werden. Dieses wäre bedauerlich, da die heutige RAG schon als „Arbeitskreis Erinnern und Begreifen“ immer im Dietrich-Bonhoeffer-Haus in Hochfeld tagte.

GWA-Komplex

Dietrich-Bonhoeffer-Haus¹

1. **Zwecksetzung:** Die im Zuge der letzten Jahren entwickelten Aktivitäten der RAG Rhein-Ruhr West von „Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.“ litten immer an einer objektiven Ressourcenschranke, der faktische Apparat bestand neben der ehrenamtlichen Struktur und einer institutionellen Unterstützung in unterschiedlicher Intensität aus verschiedener Richtung aus der „Familie Braun“. Selbige hatte zudem in ihrem Vorgehen den ihr gesetzten wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmen zu berücksichtigen. In der Konsequenz bedeutete dies, dass ganze Entwicklungschancen zwar aufgetan, aber nur bedingt ausgenutzt werden konnten und diverse Projekte angedacht bzw. getestet werden konnten, eine solide, auf Dauer angelegte Umsetzung aber vielfach unterbleiben mußte.

Ein Bewußtsein um diesen Mangel herrschte seit Aufnahme der Aktivitäten, so wurde schon sehr früh versucht, administrative Ressourcen und Räumlichkeiten zu akquirieren, tragfähige Konstellationen konnten jedoch nicht gefunden werden.

2. **Rechtlicher Rahmen:** Nicht zuletzt ist dies auf die zweifellos sinnvollen Vorgaben, die von Seiten der Bundesvereinigung den RAGs vorgegeben werden, zurückzuführen. Die RAG bzw. der Verein darf keine Arbeitsverträge zu Lasten des Vereins für die regionale Ebene abschließen, dies gilt mutatis mutandis auch für aufwendige Mietvorhaben, letztlich alle mittelfristig und langfristig wirkenden Lasten. Der Grund liegt auf der Hand: Bei einer recht kleinen Mitgliedschaft und einer porösen Organisationsstruktur können die bundesweit etwa 30 RAGs innerhalb eines halben Jahres die Sachzwänge aufbauen, die den Bundesvorstand zwingen würden, Insolvenz anzumelden. Ohne, dass die einzelnen RAGs allzu sehr über die Stränge schlagen müßten.

Auf diesem Hintergrund wurde schon vor zwei Jahren folgendes Grundsatzkonzept gemeinsam mit der KAB (exemplarisch für 1 bis 2 Stellen) entwickelt: Eine juristische Person, die daran interessiert ist, führt in eigener rechtlicher Verantwortung eine oder mehrere GWA-Stellen für den Verein GV-FD durch. Der Verein ist bei der Arbeitsvorbereitung und bei der inhaltlichen Betreuung tätig und erhält die Rechte auf das Arbeitsergebnis. Dienstaufsicht und arbeitsrechtliche Verantwortung sowie wirtschaftliche Abwicklung verbleiben beim Maßnahmeträger. Von daher ist es wahrscheinlich fast zwingend, dass der Maßnahmeträger als juristische Person korporatives Mitglied von GV-FD ist. Die konkreten Rechte und Pflichten wären in einer Vereinbarung festzulegen (am besten: eine Grundsatzvereinbarung mit Fortschreibungen als Anhänge).

¹ **Vorbemerkung:** Der etwas sperrige Name dient einzig und allein als Referenzgröße in den aktuell anliegenden Gesprächen. Eine angemessene und sinnvolle Namensgebung wird erforderlich werden, sobald die entscheidenden Details in den Vorgesprächen festgelegt worden und damit die zu berücksichtigenden Interessen bekannt sind. In der jetzigen Situation dürfte eine solche Offenheit hingegen noch nützlich sein.

3. **Wirtschaftlicher Rahmen:** Als optimaler Durchführungsort wurde schon seit Jahren das Dietrich-Bonhoeffer-Haus in der Johanniterstr. 145 betrachtet (Tagungsort seit 2000 usw.). Neben den inhaltlichen Gesichtspunkten ist zudem zu berücksichtigen, dass Hochfeld ein entsprechendes Projekt mit Ausstrahlung auf den Stadtteil gut gebrauchen könnte und umgekehrt die besondere Förderung des Stadtteils im Rahmen von EU-Programmen auch Finanzzugänge ermöglichen oder erleichtern kann.

Angesiedelt werden könnte ein solches Projekt – im Rahmen eines noch abschließend zu klärenden Übergangszeitraums – im Dachgeschoss des Gebäudes, das für eine Reihe von Aktivitäten hinreichend Platz bieten würde. Zwingende Bedingung der Gemeinde ist hierbei, dass die erforderlichen Mieteinnahmen für Unterhalt bzw. Refinanzierung des Gebäudes getätigt werden können.

Aus den Einnahmen, die der Sachmittelunterstützung für GWA-Stellen und möglicherweise weiteren Quellen entspringen können, wäre die erforderliche Gesamtfinanzierung zusammenzuführen und vor Beginn mit dem Projektträger zu ermitteln.

4. **Größenordnung und Zusammensetzung der Belegschaft:** Bei dem so gesetzten wirtschaftlichen Rahmen (die Ausstattung dürfte in einem erheblichen Umfang mittels Schenkungen beschafft werden können) ist die Sockelfinanzierung nur bei einem eigenen inhaltlichen und institutionellem Interesse des Projektträgers über GWA aufzubringen. Der Größenordnung nach wären 7 bis 9 Stellen erforderlich, die zudem unterschiedliche Aufgabenfelder abdecken müssten. Von der Befristung der Stellen her betrachtet müsste eine Mindeststabilität ermöglicht werden.

Von den beruflichen Qualifikationen her betrachtet wären verschiedene Felder abzudecken, beginnend mit Funktionen der Hausbewirtschaftung / und –verwaltung über administrative Aufgaben hin bis zu inhaltlichen Kernaufgaben. Zur Sicherung des Akzeptanz des Projektes wäre analog zum Verein GV-FD der überkonfessionelle und überparteiliche Charakter durch Pluralität in der Zusammensetzung der Mitarbeiter zu sichern. Entscheidend dürfte die erforderliche Fähigkeit der Einzelnen sein, inhaltliche Differenzen konstruktiv auszutragen. Von daher sollte das Umfeld des Vereins bei der Suche geeigneter *und* interessierter Personen zwecks Benennung gegenüber ARGE und Maßnahmeträger um Mithilfe gebeten werden. Ein sukzessiver Aufbau der Belegschaft würde einem Anfangschaos vorbeugen und den Aufbau einer belastungsfähigen Anleitungsstruktur erleichtern.

5. **Aufgabenstruktur:** Aus Gründen der Sicherung der Arbeitsprozesse wie der erfolgsorientierten Außendarstellung der eignen Arbeit sollten essentielle Funktionen oder Projekte (z.B. der engere Kern der regionalen Geschäftsführung oder Vorarbeiten zum „Gottfried-Könzgen-Archiv“) erst innerhalb des GWA-Projektes angegangen werden, wenn die Stabilität der Struktur und die Zuverlässigkeit der handelnden Personen geklärt sind. Bei der konkreten Abfolge der einzelnen Teilprojekte (z.B. CD-Reihe oder Broschüre 17. Juni, Betreuung von Ausstellungen, Bücheraktion usw.) ist auch auf die Kompetenzen und Möglichkeiten der jeweiligen Mitarbeiter abzustellen.

Wichtig für die Außendarstellung wäre der relativ frühzeitige Aufbau eines Informationsangebotes für Jugendliche und Lehrer (unentgeltliche Publikationen der Stiftungen, der Bundes- und Landeszentrale für politische Bildung usw.).

- 6. Ausbaumöglichkeiten:** Bezüglich der denkbaren Ausbaumöglichkeiten war schon auf die Einwerbung anderer Finanzmittel, nicht zuletzt aus EU-Mitteln, hingewiesen. Für eine strukturierte Herangehensweise an das Zentralprojekt „Gottfried-Könzgen-Archiv“ dürften solche Voraussetzungen sogar zwingend sein. Zur Erleichterung der Zugänge sowie zur Erhöhung der Öffentlichkeitseffekte könnte im zweiten Schritt im Einzelfall auch an die Integration einzelner weiterer Vereinigungen (z.B. der Europa-Union) in ein solches Zentrum gedacht werden. Einvernehmen wäre hier eine zwingende Voraussetzung. Wünschenswert wäre auch eine konzeptionelle Abklärung des eigenen Vorgehens mit der Präsentation des Stadtteiltreffs (Arbeitsloseninitiative) im Kellergeschoss, um kollidierende Öffentlichkeitsarbeiten so weit es geht zu vermeiden.
- Damit ist indirekt eines der mehreren denkbaren Motive für einen möglichen Projektträger zur Umsetzung genannt: Im von den Förderungen nach Alg II gesetzten Rahmen würde es sich um ein „Leuchtturm“-Projekt handeln, das als Visitenkarte zur Außendarstellung einer Sozialinstitution äußerst geeignet wäre.
- 7. Nächste Schritte:** Sofern Einvernehmen über die Zielsetzung besteht, liegen die nächsten Schritte auf der Hand. Präzisierung des wirtschaftlichen Rahmens, Bestimmung der vertraglichen Details, Willensbildung in den jeweiligen Vereinigungen und Körperschaften, Beschaffung der Sachmittel usf. ... Hier wäre wohl in naher Zukunft eine detaillierte „To-Do-List“ erforderlich.

GWA-Projekt Dietrich-Bonhoeffer-Haus

Projektbeschreibung

1. **Aufgabenstellung:** Zwecks Intensivierung und Ausdehnung der Arbeit der RAG Rhein-Ruhr West von *Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.* sollen im Dachgeschoß des Dietrich-Bonhoeffer-Hauses der Evangelischen Kirchengemeinde Duisburg-Hochfeld (Johanniterstr. 145, 47053 Duisburg) fünf GWA-Stellen eingerichtet werden. Voraussetzung ist der Presbyteriumsbeschluss der Gemeinde vom 7. Januar 2008. Zweck ist der Aufbau eines örtlichen Kommunikations- und Unterstützungszentrums für die politische Bildungsarbeit mit besonderem Augenmerk auf Jugendliche und junge Erwachsene.
2. **Projektbestandteile:** Neben der Unterstützung der Veröffentlichungstätigkeit der RAG (u.a. CD-Serie, Broschüre zum 17. Juni, Internet-Auftritt zur RAG-Arbeit) ist frühzeitig die Einrichtung einer Bücher- / Medien- / Lesestube mit Publikumsverkehr (Lehrer und Jugendliche) anzugehen. Bestände für diese sind bei den Zentralen für politische Bildung sowie den einschlägigen Stiftungen zu akquirieren. Ferner ist zu einem frühen Zeitpunkt mit dem Aufbau der erforderlichen Datenbestände für ein Zentraldenkmal für die Opfer des Nationalsozialismus nach Personengruppen (mit Namensnennung usw.) zu beginnen. Im zweiten Schritt ist eine Wiederaufnahme der Bücheraktion „Pluralismus als Reichtum“ sowie eine Unterstützungstätigkeit für den Veranstaltungsbereich der RAG anzugehen.
3. **Juristische Trägerschaft:** Bezüglich der juristischen Trägerschaft findet zur Zeit eine abschließende Klärung über eine geeignete Einrichtung im Rahmen der Evangelischen Kirche statt. Empfohlen wurde seitens des Diakoniewerkes Duisburg eine Anbindung an das Evangelische Familienbildungswerk Duisburg. Die Projektleitung wird bei Pfarrer Heiner Augustin (Paulusstr. 28, 47053 Duisburg, 0203 / 346 99 117) von der Evangelischen Kirchengemeinde Duisburg-Hochfeld liegen..
4. **Kooperationsvereinbarung:** Die Rechte bezüglich der Ergebnisse der Arbeit gehen an die Vereinigung *Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.* über. Im Gegenzug beteiligt sich die *RAG Rhein-Ruhr West* der Vereinigung an der Arbeitsvorbereitung und verpflichtet sich zudem der Öffentlichkeit gegenüber die erbrachten Leistungen der Evangelischen Kirchengemeinde (bzw. des Familienbildungswerkes) kenntlich zu machen. Eine noch abzuschließende Rahmenvereinbarung regelt die wesentlichen Details der Zusammenarbeit einschließlich möglicher Anstrengungen bei der Einwerbung von Spenden und Fördermitteln.
5. **Zusammensetzung der Belegschaft:** Die fünf Positionen sollten wie folgt ausgestaltet werden:
 - Eine Ü-50-Stelle von 30-Wochenstunden sollte schwerpunktmäßig mit den Aufgaben Projektkoordination, Assistenz bei der Maßnahmeleitung, Arbeitsvorbereitung und Erfolgskontrolle sowie der Betreuung editorischer Angelegenheiten (17. Juni usw.) betraut werden.

- Zwei Bürohilfskräfte (20 – 30 Wochenstunden) sollten schwerpunktmäßig im Bereich des Aufbaus von Datenbanken und der Dateneingabe eingesetzt werden bzw. den Aufbau von Internet-Präsentationen und die Herausgabe der CD-Serie unterstützen.
- Eine Bürohilfskraft (20 – 30 Wochenstunden) sollte schwerpunktmäßig den Aufbau der Lesestube, der Erfassung der Eingänge, der Pflege der Bestände und ggfs. zu tätige Neubestellungen übernehmen.
- Eine Hausmeisterhilfskraft sollte vor allem die äußeren Rahmenbedingungen für einen Publikumsverkehr gewährleisten, Hilfestellung bei der Ausgestaltung der Räumlichkeiten leisten und im Wechsel- / Schichtdienst mit der Ü50-Stelle die Schließdienste (Gebäudesicherheit) gewährleisten.

Eine wechselseitige Hilfestellung in angemessenem Umfang ist gerade im Bereich der ersten vier Stellen als erforderlich zu betrachten.

6. **Arbeitspläne und Organisationsmittel:** Sobald ein grundsätzliches Einverständnis über den oben umrissenen Rahmen besteht, ist mit der Erstellung von konkreten Arbeitsplänen für die einzelnen Projektbestandteile und –stellen zu beginnen. Diese sollten sowohl konkret genug sein, daß sie als delegationsfähige Führungsvorgabe für die Maßnahmeleitung dienen können, als auch flexibel genug gehalten werden, damit sie den unterschiedlichen Qualifikationsständen und –bedarfen der Teilnehmer angepaßt werden können (siehe 7.). Um Delegationsfähigkeit sicherzustellen, sind den Arbeitsplänen auch die erforderlichen Organisationsmittel (Datenbankstrukturen usw.) beizufügen.
7. **Qualifikationsanteile und Rekrutierung:** Es hat sich bei den Vorgesprächen als sinnvoll herausgestellt, daß Eigenanstrengungen zur Mitarbeiterrekrutierung (Ergebnis: Empfehlung zur Zuweisung an die AR-GE) von der Vereinigung vorgeschaltet werden sollten. Zielgröße der Bemühungen wäre die Sicherung einer Mindestmotivation, die Sicherung des Betriebsklimas im Rahmen einer im hohen Maße eigenverantwortlich arbeitenden Gruppe und die Klärung von ergänzenden Qualifikationsbedarfen. Eine gezielte modulare Weiterqualifikation im Bereich der DV dürfte vielfach unvermeidbar sein. Hierbei kann auf die im Haus befindlichen Möglichkeiten des Stadtteil- / Arbeitslosentreffs Hochfeld zurückgegriffen werden.